



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

4. Quartal 2021

Rückblick
Wintersession
2021

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



MSD

INVENTING FOR LIFE

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Vom 29. November bis 17. Dezember 2021 trafen sich die eidgenössischen Räte zur Wintersession, an deren Ende sie 21 Vorlagen parlamentarisch unter Dach und Fach bringen konnten. Neben der Änderung des Covid-19-Gesetzes und einigen Geschäften im Bereich Versorgung wurde schwerpunktmässig über die Kostensenkung im Gesundheitswesen diskutiert. Die Zusammenfassung der wichtigsten Informationen erhalten Sie im Teil «Sessionsrückblick».

Im zweiten Teil dieser Ausgabe erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide des Bundesrates und weitere Meldungen vom Bundesamt für Gesundheit (BAG), von Swissmedic und vom Bundesamt für Statistik (BfS). Auch hier geht es schwerpunktmässig um das Thema Kosten, aber auch Digitalisierung, Patientensicherheit, Versorgung und die Veröffentlichung neuester Zahlen und Daten.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Team von MSD

Sessionsrückblick

Die folgenden Geschäfte behandelten die eidgenössischen Räte während der Wintersession 2021.

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

KOSTEN

19.046 Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1)

Status: Referenzpreissystem für Generika und Massnahmen zur Kostensteuerung unter den Tarifpartnern wurden vom Ständerat abgelehnt und sind damit vom Tisch. Substitution, Beschwerderecht und Gewinnverbot für Krankenkassen gehen zurück an den Nationalrat.

Nachdem das Parlament ein erstes Paket mit weniger umstrittenen Massnahmen beschlossen hat, erweist sich das zweite von drei Paketen als umstrittener. Kernpunkte des Entwurfs des Bundesrats sind die Einführung eines Referenzpreissystems für Generika, die Kostensteuerung durch die Tarifpartner und ein Beschwerderecht für Krankenkassenverbände bei den Spitalplanungen der Kantone.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190046>

KOSTEN

20.3936 Motion

Eingereicht von Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Medikamentenpreise. Für eine Kostendämpfung dank Beseitigung negativer Anreize unter Aufrechterhaltung von Qualität und Versorgungssicherheit

Status: von beiden Räten angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Vertriebsanteile im Art. 38 KLV im Einvernehmen mit den betroffenen Leistungserbringern so zu revidieren, dass sie effektiv die Vertriebskosten abdecken, die im Art. 67, Abs. 1quater, Bst. a KVV erwähnt sind und damit die Abgabe von preisgünstigeren Arzneimitteln nicht mehr benachteiligen, sondern Anreize dafür setzen. Diese Revision soll mit einem vom Fabrikabgabepreis unabhängigen Fixanteil erfolgen und dabei weder höhere Kosten zu Lasten der OKP noch unberechtigte Kürzungen bei den verfügbaren Mitteln für die Gewährleistung einer hochqualitativen medizinischen Grundversorgung verursachen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203936>

KOSTEN

19.3202 Motion

Eingereicht von Philippe Nantermod (FDP)

Medikamente. Parallelimporte ermöglichen und damit Kosten senken

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung der einschlägigen Gesetzgebung vorzulegen, mit der der Parallelimport von Medikamenten aus Ländern, die dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören, zugelassen werden soll. Überdies sollten diese Medikamente von der obligatorischen Krankenversicherung höchstens zu den in der Schweiz geltenden Tarifen vergütet werden.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193202>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

21.3700 Motion	Eingereicht von Jakob Stark (SVP)	KOSTEN
Marktrückzüge von bewährten und günstigen Arzneimitteln stoppen. Versorgungssicherheit besser berücksichtigen		
Status: vom Ständerat zurückgezogen.		

Die Motion hat verschiedene Preisüberprüfungen von Arzneimitteln adressiert.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213700>

20.3937 Motion	Eingereicht von Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit NR	KOSTEN
Evaluation einer leistungsorientierten Abgeltung der Apothekerinnen und Apotheker		
Status: von beiden Räten angenommen.		

Mehrere im Rahmen des Pakets zur Kostendämpfung vorgeschlagene Massnahmen sehen vor, dass in den Tarifverträgen Anreize geschaffen werden, um den Anteil an Generika zu erhöhen. Dafür ist jedoch die klare Anerkennung der Leistungen der Apothekerinnen und Apotheker gemäss OKP erforderlich (Beratung, Verkauf von Arzneimitteln mit oder ohne Rezept, Fakturierung usw.). Bei diesen Leistungen ist unter Umständen beträchtliches Sparpotenzial vorhanden.

Der Bundesrat wird beauftragt, eine finanzielle und qualitative Evaluation der Aufnahme einer leistungsorientierten Abgeltung (LOA) der Apothekerinnen und Apotheker in die Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich vorzunehmen.

Relevant u. a. für Apotheker/-innen, Krankenkassen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203937>

19.4492 Motion	Eingereicht von Christian Lohr (Die Mitte)	KOSTEN
Laborkosten zulasten der OKP		
Status: von beiden Räten angenommen.		

In Schweizer Labors liegen die Preise für die Ferritinpiegel-Bestimmung 2-mal und für kleine Bluttests 18-mal höher als in den Nachbarländern. Würden in der Schweiz die gleichen Preise wie im benachbarten Ausland abgerechnet, würden sich die potentiellen Ersparnisse für die Prämienzahler der obligatorischen Krankenpflegeversicherung auf mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr belaufen.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Preise der Laboranalysen zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu senken.

Relevant u. a. für Labors, Krankenkassen und Prämienzahler/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194492>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

COVID-19

21.066 Geschäft des Bundesrates

Covid-19-Gesetz. Änderung (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen)

Status: von beiden Räten angenommen.

Das Parlament hat die Beratung über Änderungen und Verlängerungen im Covid-19-Gesetz abgeschlossen. Es hat zahlreiche Artikel bis Ende Juni 2022 verlängert und materielle Änderungen eingeführt.

Dazu zählt, dass der Bund die Kosten für Tests übernehmen muss, die zu einem Covid-Zertifikat führen. Bezahlt werden Antigen-Schnelltests und Speichel-PCR-Pooltests. Nicht bezahlt werden Einzel-PCR-Tests bei Personen, die keine Symptome haben. Offen war in der Beratung zuletzt die Frage, ob der Bund Verträge mit Impfstoffherstellern veröffentlichen soll oder nicht. Darauf verzichtet das Parlament auf Antrag der Einigungskonferenz. Darüber hinaus erhalten die Kantone neu die Aufgabe, sicherzustellen, dass ihre Spitäler die nötigen Intensivkapazitäten haben. Der Bund soll dabei mit den Kantonen die nötigen Kapazitäten definieren.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210066>

COVID-19

21.3453 Motion

Eingereicht von Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen

Status: von beiden Räten angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um die sogenannten Long-Covid-Fälle systematisch zu erforschen und zu begleiten. Er wird weiter beauftragt, die entsprechenden Programme zu initiieren.

Relevant für Akteure im Gesundheitswesen, in der Wirtschaft und in der Forschung

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213453>

COVID-19

21.3963 Motion

Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Revision des Epidemien-gesetzes bis Ende Juni 2023

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament bis Ende Juni 2023 eine Vorlage zur Revision des Epidemien-gesetzes (EpG) zu unterbreiten. Dabei sollen die Erkenntnisse der COVID-19-Pandemie in die Gesetzesrevision einfließen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213963>

Bei positivem Endresultat potentielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

VERSORGUNG

20.3914 Motion	Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR
Zulassungssteuerung bei psychologischen Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen	
Status: von beiden Räten angenommen.	

Die Frage der Zulassung zur direkten Abrechnung von psychotherapeutischen Leistungen zulasten der Krankenversicherung hat eine grosse politische Reichweite und muss deshalb im Rahmen einer Gesetzesänderung mit einer ordentlichen parlamentarischen Beratung behandelt werden. Die heutige Situation bei der Erbringung von psychotherapeutischen Leistungen ist nicht optimal. Ein Wechsel auf das Anordnungsmodell könnte zu einer Entspannung der Situation beitragen.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Frage der Zulassung von psychologischen Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen im Rahmen einer Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) zu regeln. Es wird den Kantonen die Möglichkeit gegeben, das Leistungsangebot von psychologischen Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen zu steuern.

Relevant für Psychotherapeuten/-innen, Krankenversicherungen, Kantone

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203914>

VERSORGUNG

21.3978 Motion	Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR
Für eine nachhaltige Finanzierung von Public-Health-Projekten des Nationalen Konzepts Seltene Krankheiten	
Status: Eingereicht im Ständerat. Motion an 2. Rat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um die Umsetzung der Massnahmen des nationalen Konzepts seltene Krankheiten durch die beteiligten Organisationen des Gesundheitswesens nachhaltig zu sichern. Diese Rechtsgrundlage soll Finanzierungsinstrumente vor allem für Aktivitäten der Koordination und des Aufbaus von Angeboten für seltene Krankheiten, deren Anerkennung, der Qualitätsförderung, der Dokumentation sowie der Beratung und Information beinhalten und ein schweizweites Register für seltene Krankheiten langfristig finanzieren. Bei der Ausarbeitung der Vorlage stimmt sich der Bundesrat mit den Kantonen ab.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213978>



Weitere gesundheitspolitische Themen im 4. Quartal

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide des Bundesrates sowie Meldungen vom Bundesamt für Gesundheit (BAG), von Swissmedic und vom Bundesamt für Statistik (BfS).

KOSTEN

Bundesrat setzt Massnahmen zur Dämpfung des Kostenwachstums in Kraft

Bundesrat

Die ersten Massnahmen zur Kostendämpfung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) treten am 1. Januar 2022 in Kraft. Dies hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 3. Dezember 2021 entschieden. Künftig werden alle Versicherten eine Rechnungskopie erhalten, im ambulanten Bereich wird eine nationale Tariforganisation ins Leben gerufen und bei Sanktionen eine maximale Bussenhöhe festgesetzt. (...)

Weitere Kostendämpfungsmassnahmen des ersten Pakets treten voraussichtlich auf den 1. Januar 2023 in Kraft. Es handelt sich dabei um die Förderung von Pauschalen im ambulanten Bereich, die Datenbekanntgabe im ambulanten Tarifwesen und die Einführung von Pilotprojekten zur Eindämmung der Kostenentwicklung. Für diese Massnahmen ist eine Konkretisierung auf Verordnungsstufe notwendig. Dazu wird eine Vernehmlassung durchgeführt.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-86216.html>

KOSTEN

Bundesrat lehnt Kostenbremse-Initiative ab und verabschiedet Gegenvorschlag

Bundesrat

Im Frühjahr 2020 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» eingereicht. Diese fordert die Einführung einer Kostenbremse im Gesundheitswesen. Der von der Initiative vorgeschlagene Mechanismus ist aber zu starr, deshalb lehnt der Bundesrat die Initiative ab. Als indirekten Gegenvorschlag hat er am 10. November 2021 die Botschaft für die Vorgabe von Kostenzielen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) verabschiedet. Diese Massnahme ist Teil des laufenden Kostendämpfungsprogramms.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-85812.html>

KOSTEN

Bundesrat genehmigt nationale Tarifstrukturen

Bundesrat

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 3. Dezember 2021 die neue, schweizweit einheitliche Tarifstruktur für den stationären Bereich der Rehabilitation (ST Reha) genehmigt. Auch hat er die aktualisierten Versionen der nationalen Tarifstrukturen SwissDRG und TARPSY gutgeheissen und verlängert die Genehmigungen der Tarifverträge zur Vergütung einer innovativen Krebstherapie bis Ende 2022.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Spitäler, Kantone und Krankenkassen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-86214.html>

KOSTEN

Arzneimittelüberprüfung 2021 – Bundesamt für Gesundheit senkt Preise

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat im Rahmen der dreijährlichen Überprüfung für das Jahr 2021 die Preise von knapp 300 Arzneimitteln um durchschnittlich 10 Prozent gesenkt. Es werden damit aufgrund dieser Überprüfung zusätzliche Einsparungen von mindestens 60 Millionen Franken erwartet, welche zu den 100 Millionen Einsparungen aus dem vergangenen Jahr dazukommen.

Das BAG prüft seit 2017 jedes Jahr bei einem Drittel der Arzneimittel der Spezialitätenliste, ob sie wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind. Überprüft werden entsprechend auch die Preise der Arzneimittel. Im Jahr 2020 startete der zweite Überprüfungszyklus, nachdem in den Jahren 2017 bis 2019 alle Arzneimittel einmal überprüft worden sind. Die nun im Jahr 2021 überprüften Arzneimittel werden beispielsweise zur Behandlung von Hautkrankheiten sowie Krankheiten des Nervensystems und des Blutes eingesetzt.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Spitäler und Krankenkassen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-85759.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

KOSTEN

Revision der Mittel- und Gegenständeliste abgeschlossen

Das BAG hat die Revision der Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL) mit der Überprüfung von 98 Prozent des Kostenvolumens abgeschlossen. Zudem wurde die Kostenübernahme von weiteren Leistungen wie der Herpes Zoster Impfung und die Befreiung von der Franchise im Rahmen von Früherkennungsprogrammen von Darmkrebs geregelt.

Die MiGeL regelt die Vergütung durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) von Mitteln und Gegenständen, die der Untersuchung oder Behandlung einer Krankheit und ihrer Folgen dienen.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Ärzte/-innen, Spitäler und Krankenkassen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-86279.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

VERSORGUNG

Bundesrat will Regeln zum Versandhandel mit nichtverschreibungspflichtigen Arzneimitteln revidieren

Die Regelung zum Versandhandel mit nichtverschreibungspflichtigen Arzneimitteln sollte vereinfacht werden, wobei die Patientensicherheit zu gewährleisten ist. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 24. November 2021 den Bericht in Erfüllung des Postulats Stahl genehmigt. Eine Vernehmlassung zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG) ist bis Anfang 2023 geplant.

Der Versandhandel mit Arzneimitteln ist in der Schweiz grundsätzlich untersagt. Die Kantone können ihn jedoch unter bestimmten Voraussetzungen für Apotheken bewilligen. Die heutige Regelung verlangt, dass der Bestellung immer eine ärztliche Verschreibung beiliegt, unabhängig davon, ob das Arzneimittel verschreibungspflichtig ist oder nicht. Gleichzeitig lässt das HMG unter bestimmten Bedingungen den Online-Einkauf von Arzneimitteln zu.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Apotheken, Kantone und Krankenkassen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-86058.html>

Bundesrat

VERSORGUNG

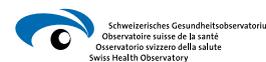
Ambulant vor stationär: Monitoring bestätigt Verlagerung

Das zweite Monitoring zur Einführung einer Liste von ambulant durchzuführenden Eingriffen bestätigt die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich. Dies ist das Fazit aus dem Monitoring, das das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) durchgeführt hat.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Spitäler, Kantone und Krankenkassen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-86213.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG



VERSORGUNG

Neuerstellung der Wegleitung Einbezug Patientenorganisation in Begutachtung von Patienteninformation HMV4

Im Rahmen einer Pilotphase (2018 – 2020) wurde der Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern von Patientenorganisationen in die Begutachtung der Patienteninformation bei Gesuchen um Zulassung und Indikationserweiterung von Humanarzneimitteln erprobt.

Dieser Einbezug zielte auf eine Optimierung der Patienteninformation in Bezug auf Verständlichkeit, Auffindbarkeit und Gewichtung sowie Vollständigkeit der Informationen ab.

Die guten Erfahrungen aus der Pilotphase haben zur Entscheidung geführt, es zukünftig allen Gesuchstellerinnen zu ermöglichen, bei Bedarf Patientenorganisationen in die Begutachtung von Patienteninformationen einzubinden.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Patientenorganisationen, Swissmedic und Pharmaunternehmen

Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/humanarzneimittel/authorisations/informationen/neue-wl-einbezug-patientenorganisationen.html>

Swissmedic

PATIENTENSICHERHEIT

Betäubungsmittelverzeichnis um 12 Einzelsubstanzen und eine Substanzgruppe ergänzt

Um den Missbrauch neuer synthetischer Stoffe als Betäubungsmittel zu bekämpfen, hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) (...) 12 Einzelsubstanzen und eine Substanzgruppe neu in die Betäubungsmittelverzeichnisverordnung aufgenommen. Damit sind Herstellung, Handel und Anwendung dieser psychoaktiven Substanzen verboten. Die laufende Ergänzung von Rohmaterialien oder Erzeugnissen mit vermuteter betäubungsmittelähnlicher Wirkung ist eine Massnahme zur Bekämpfung des Drogenhandels.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Ärzte/-innen und Spitäler

Quelle: https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/news/mitteilungen/neue_pschoaktive_substanzen.html

Swissmedic

DIGITALISIERUNG

Bundesrat will elektronischen Datenaustausch zwischen Kantonen und Krankenversicherern vereinfachen

Bundesrat

Kantone und Krankenversicherer sollen die Daten der Versicherten einfacher austauschen können. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 17. November 2021 die Vernehmlassung zur entsprechenden Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung eröffnet. Der Entwurf sieht die Einführung eines elektronischen Datenaustausches zwischen Kantonen und Versicherern in einem einheitlichen Verfahren vor. Zudem beinhaltet ein weiterer Teil der Vorlage die Berücksichtigung der im Ausland wohnhaften Versicherten im Risikoausgleich.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Kantone und Krankenkassen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-85923.html>

DIGITALISIERUNG

Registrierung und Veröffentlichung von Krebserkrankungen werden vereinfacht

Bundesrat

Die Berichterstattung über Krebsdiagnosen soll vereinfacht werden. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 17. November 2021 eine entsprechende Änderung der Krebsregistrierungsverordnung beschlossen. Unter anderem wird der Beginn der Bedenkzeit für einen allfälligen Widerspruch gegen die Registrierung der Daten zu einer Krebserkrankung neu festgelegt.

Ärztinnen und Ärzte, Laboratorien, Spitäler und andere private oder öffentliche Institutionen des Gesundheitswesens sind verpflichtet, bestimmte Daten zu Krebserkrankungen zu melden. Das Ziel ist eine vollzählige Krebsregistrierung in der Schweiz. Die Kantone sind zudem verpflichtet, ein kantonales Krebsregister zu führen oder sich einem bereits bestehenden kantonalen oder regionalen Register anzuschliessen.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Ärzte/-innen, Laboratorien, Spitäler und Kantone

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-85924.html>

DIGITALISIERUNG

Positionspapier von Swissmedic und swissethics zu dezentralisierten klinischen Versuchen (DCTs) mit Arzneimitteln

Swissmedic

swissethics

Die Entwicklung neuartiger Technologien und die Digitalisierung bietet im Bereich der Heilmittel neue Chancen. Durch deren Einsatz in klinischen Versuchen wird es möglich, dass Studienvisiten von Patientinnen und Patienten nicht notwendigerweise im Spital durchgeführt werden müssen, sondern auch dezentral zu Hause erfolgen können. Dabei erlauben innovative Technologien, dass gesundheitsbezogene Daten über am Körper getragene Geräte digital erfasst und übermittelt werden. Diese Besonderheiten und weitere Aspekte spielen bei den sogenannten dezentralisierten klinischen Versuchen (DCTs) eine wesentliche Rolle.

Durch diese Entwicklung werden alle Involvierten vor neue Herausforderungen gestellt. Swissmedic und swissethics haben in einem Positionspapier die wesentlichen Fragestellungen von DCTs mit Arzneimitteln zusammengefasst und zeigen auf, unter welchen Bedingungen solche klinischen Versuche in der Schweiz durchgeführt werden könnten. Das Papier richtet sich an Forschende und Sponsoren sowie alle an der klinischen Forschung Interessierten.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Ärzte/-innen, Spitäler, Swissmedic und Pharmaunternehmen

Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/humanarzneimittel/clinical-trials/klinische-versuche-mit-arzneimitteln/publikationen.html>

STATISTIK

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Gesundheitsversorgung im Jahr 2020

Die Covid-19-Pandemie hatte starke Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung im Jahr 2020. Während die Zahl der Hospitalisierungen um 5 % und jene der Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen um 6 % zurückgingen, stieg die Anzahl Todesfälle in den Spitälern um 8 % und in den Alters- und Pflegeheimen um 16 % an. Bei den im Spital geleisteten Intensivpflegestunden war ebenfalls eine Zunahme zu beobachten. Die Pandemie hatte zudem gravierende Auswirkungen auf die Finanzlage. Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) schlossen die Spitäler und die Alters- und Pflegeheime das Jahr mit einem rekordhohen Defizit von 800 bzw. 400 Millionen Franken.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Ärzte/-innen, Alters- und Pflegeheime

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2021-0247.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

STATISTIK

Statistiken der Spitalbetriebe 2020

Zum ersten Mal seit 2011 sank 2020 die Anzahl der stationär behandelten Menschen in den Schweizer Spitälern und Geburtshäusern, mit einem Rückgang zum Vorjahr von 5.8 %. Der Anteil der Spitalaufenthalte mit einer Covid-19-Diagnose betrug 2.9 %, in Bezug auf die Anzahl Pfl egetage betrug dieser Anteil 4.2 %. Auf der Intensivstation war Covid-19 in einem von vier Fällen mit einem tödlichen Ausgang verbunden.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Spitäler, Kantone und Krankenkassen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2021-0093.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

STATISTIK

Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens 2019: Definitive Daten

Die gesamten Ausgaben für das Gesundheitswesen in der Schweiz betragen 2019 gemäss definitiven Berechnungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) insgesamt 82.5 Milliarden Franken. Das Wachstum der Gesundheitskosten zum Vorjahreswert betrug 2.8 % und lag dabei unter dem Wachstum im Fünfjahresmittel von 2.9 %.

Die gesamten Ausgaben entsprechen einem Verhältnis von 11.3 % zum Bruttoinlandprodukt (BIP). Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz bei den Gesundheitsausgaben pro BIP an dritter Stelle, hinter den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2021-0179.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Frühlingsession

Vom 28. Februar bis 18. März 2022 treffen sich die eidgenössischen Räte zur Frühjahrsession.

Volksabstimmung vom 13. Februar 2022

Am 13. Februar 2022 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über vier Vorlagen ab.

Volksinitiative «Ja zum Tier und Menschenversuchsverbot»

Die Volksinitiative fordert ein Verbot von Tierversuchen. Produkte, die unter Anwendung von Tierversuchen entwickelt wurden, sollen zudem nicht mehr importiert werden dürfen. Die Initiative verlangt auch, dass Forschung, die ohne Tierversuche auskommt, mindestens dieselbe staatliche Unterstützung erhält wie heute diejenige mit Tierversuchen. Auch sogenannte Menschenversuche sollen verboten werden.

Zur Vorlage: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20220213/volksinitiative-ja-zum-tier-und-menschenversuchsverbot.html>

Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»

Die Initiative will Tabakwerbung überall dort verbieten, wo Kinder und Jugendliche sie sehen können, zum Beispiel in der Presse, auf Plakaten, im Internet, im Kino, in Kiosken oder an Veranstaltungen. Für elektronische Zigaretten würden die gleichen Regeln gelten. Erlaubt wäre weiterhin Werbung, die sich nur an Erwachsene richtet oder sich an Orten befindet, zu denen Minderjährige keinen Zugang haben.

Zur Vorlage: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20220213/volksinitiative-ja-zum-schutz-der-kinder-und-jugendlichen-vor-tabakwerbung.html>

Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben

Bundesrat und Parlament wollen die Emissionsabgabe abschaffen. Unternehmen sollen neues Eigenkapital aufnehmen können, ohne darauf Steuern bezahlen zu müssen. Das senkt die Investitionskosten, was sich positiv auf Wachstum und Arbeitsplätze auswirkt.

Zur Vorlage: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20220213/aenderung-des-bundesgesetzesueber-die-stempelabgaben.html>

Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien

Zeitungen, private Radio- und Fernsehstationen und Online-Medien versorgen die Bevölkerung täglich mit Informationen aus ihrer Region und der Schweiz. Sie tragen zur politischen Meinungsbildung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Trotz ihrer Bedeutung sind die lokalen und regionalen Medien aber finanziell unter Druck geraten: Werbegelder fliessen vermehrt zu grossen internationalen Internetplattformen. Viele Zeitungen sind verschwunden. Auch die privaten Radio- und Fernsehstationen haben weniger Werbeeinnahmen. Bundesrat und Parlament wollen die lokalen und regionalen Medien stärken.

Zur Vorlage: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20220213/bundesgesetz-ueber-ein-massnahmenpaket-zugunsten-der-medien.html>